

21.11.2019

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 17/7200 und 17/7800 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Einzelplan 04 - Ministerium der Justiz

Berichterstatter

Abgeordneter Olaf Lehne

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 04 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 21.11.2019/Ausgegeben: 22.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis des Fachausschusses

Der Entwurf des Einzelplans 04 wurde vom Rechtsausschuss beraten. Zum Haushaltsentwurf 2020, Einzelplan 04, lag der Erläuterungsband mit Vorlage 17/2353 bei den Beratungen vor. Darüber hinaus lagen die Vorlagen 17/2587, 17/2589 und 17/2590 vor.

Der Rechtsausschuss hat den Einzelplan 04 in seinen Sitzungen am 2. Oktober 2019 beraten und am 6. November 2019 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Einzelplan 04 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattergesprächs

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 17/2587.

C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/2750 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 19. November 2019 abgegeben.

Dort lagen fünf Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 04 lag im Unterausschuss Personal vor. Diese wurden jeweils mit den Stimmen der übrigen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion abgelehnt. Der Personaletat zum Einzelplan 04 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/8020 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 17/8000.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 21. November 2019 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befasst. Es lagen fünf Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor. Alle Änderungsanträge wurden abgelehnt. Das jeweilige Abstimmungsverhalten ergibt sich aus dem Anhang.

E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 04 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion **unverändert angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

Anhang: 5 Änderungsanträge der Fraktion der AfD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 647.585.300 Euro</td> <td>609.004.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 649.385.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Anhebung der Planstellen</p> <p>Von 2463 Bes.Gr. R 1 Richter am Amts- und Landgericht</p> <p>Um 29 Bes.Gr. R 1 Richter am Amts- und Landgericht)</p> <p>Auf 2492 Bes.Gr. R 1 Richter am Amts- und Landgericht</p> <p>Begründung: Gemäß der Stellungnahme des Bundes der Richter und Staatsanwälte fehlen in Nordrhein-Westfalen noch 44 Stellen an der ordentlichen Gerichtsbarkeit bzw. bei den Staatsanwaltschaften, um die Vorgaben des Paktes für den Rechtsstaat zu erfüllen. Die Erhöhung des Kapitels 04 210 schafft 29 neue Richterstellen der Besoldungsstufe R1. Mit den eingebrachten Änderungsanträgen zum Kapitel</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 647.585.300 Euro	609.004.100 Euro	um 1.800.000 Euro		auf 649.385.300 Euro		<p>Votum UA Personal abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																														
von 647.585.300 Euro	609.004.100 Euro																														
um 1.800.000 Euro																															
auf 649.385.300 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

		04 210 sowie zum Kapitel 04 215 werden 48 zusätzliche Stellen geschaffen. Somit wären die Vorgaben des Paktes für den Rechtsstaat übererfüllt.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Anhebung der Planstellen</p> <p>Von 113 Bes.Gr. R 3 Vorsitzender Richter Oberlandesgericht</p> <p>Um 1 Bes.Gr. R 3 Vorsitzender Richter Oberlandesgericht</p> <p>Auf 114 Bes.Gr. R 3 Vorsitzender Richter Oberlandesgericht</p> <p>Von 357 Bes.Gr. R 2 Richter am Oberlandesgericht oder äquivalent</p> <p>Um 1 Bes.Gr. R 2 Richter am Oberlandesgericht oder äquivalent</p> <p>Auf 358 Bes.Gr. R 2 Richter am Oberlandesgericht oder äquivalent</p>	<p>Votum UA Personal abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p> <p>HFA abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

		<p>Ausweisung von zusätzlichen Stellen zur Abordnung an den Verfassungsgerichtshof NRW</p> <p>Begründung: Siehe Änderungsantrag hierzu zum Einzelplan 16</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 04 215 Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 175.185.300 Euro</td> <td>164.497.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 176.335.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Anhebung der Planstellen</p> <p>Von 904 Bes.Gr. R 1 Staatsanwalt</p> <p>Um 19 Bes.Gr. R 1 Staatsanwalt</p> <p>Auf 923 Bes.Gr. R 1 Staatsanwalt</p> <p>Begründung: Gemäß der Stellungnahme des Bundes der Richter und Staatsanwälte fehlen in Nordrhein-Westfalen noch 44 Stellen an der ordentlichen Gerichtsbarkeit bzw. bei den Staatsanwaltschaften, um die Vorgaben des Paktes für den Rechtsstaat zu</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 175.185.300 Euro	164.497.300 Euro	um 1.150.000 Euro		auf 176.335.300 Euro		<p>Votum UA Personal abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																														
von 175.185.300 Euro	164.497.300 Euro																														
um 1.150.000 Euro																															
auf 176.335.300 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

		<p>erfüllen. Die Erhöhung des Kapitels 04 215 schafft 19 neue Staatsanwaltsstellen der Besoldungsstufe R1; dies entspricht einer zusätzlichen Stelle pro Staatsanwaltschaft (ohne Nebenstellen). Mit den eingebrachten Änderungsanträgen zum Kapitel 04 210 sowie zum Kapitel 04 215 werden 48 zusätzliche Stellen geschaffen. Somit wären die Vorgaben des Paktes für den Rechtsstaat übererfüllt.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
4	AfD	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen Titel 422 02 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>HH 2020</td> <td>Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 21.326.500 Euro</td> <td>19.818.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.140.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 24.466.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Einstellungsermächtigungen für Regierungsinspektoranwärter (Bes.Gr. A 9 EA) von 43 auf 113.</p> <p>Anhebung der Planstellen</p> <p>von 130 Bes.Gr. A 9 EA Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst um 70 Bes.Gr. A 9 EA Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst auf 200 Bes.Gr. A 9 EA Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p> <p>Erhöhung der Einstellungsermächtigungen für Regierungssekretäranwärter (Bes.Gr. A 6 EA) von 0 auf 20.</p> <p>Anhebung der Planstellen</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 21.326.500 Euro	19.818.700 Euro	um 3.140.000 Euro		auf 24.466.500 Euro		<p>Votum UA Personal abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																														
von 21.326.500 Euro	19.818.700 Euro																														
um 3.140.000 Euro																															
auf 24.466.500 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

		<p>von 64 Bes.Gr. A 6 EA Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst um 20 Bes.Gr A 6 EA Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst auf 84 Bes.Gr. A 6 EA Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p> <p>Begründung: Aufgrund der planmäßig zu erwartenden Pensionierungen der Beamten des Verwaltungsdienstes ist ein Rückgang der Personalzahlen in naher Zukunft zu erwarten. Zum Ausgleich wird die Stellenbesetzung im Vorbereitungsdienst aufgestockt. Mit dieser Änderung des Haushaltsplans 2020 sind 70 zusätzliche Stellen der Besoldungsstufe A9 zu ermöglichen. Ferner sind die im Haushaltsplan 2020 weggefallenen 20 Stellen der Besoldungsstufe A6 von ehemals 84 Stellen auf nun noch 64 geplanten Stellen durch den eingebrachten Änderungsantrag kompensiert, sodass auch für das Haushaltsjahr 2020 nun insgesamt 84 Stellen der Besoldungsstufe A6 im Haushaltsplan wieder zur Verfügung stehen.</p>	
--	--	---	--